

HANS MAIER · MÜNCHEN

DIE ZUKUNFT UNSERER STÄDTE

I.

Im Jahr 1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, schienen die deutschen Städte keine Zukunft mehr zu haben. Nur wenige hatten den Bombenkrieg unversehrt überlebt. Viele waren ausgelöscht; sie schienen für alle Zeit untergegangen zu sein. Man war in einen Naturzustand zurückgefallen. Wer wie ich in einer zertrümmerten Stadt – in Freiburg – aufwuchs, der erinnert sich noch genau an die Atmosphäre jener Zeit: an brand- und raucherfüllte letzte Kriegswochen, wo fast jeder sein Sach auf nichts gestellt hatte, an Moder und Steinschlag in feuchten Luftschutzkellern, an die Zuckungen des niedergehenden NS-Reiches, an Standgerichte und verbrannte Erde. Man war froh, als endlich der Krieg zu Ende war, die Sirenen verstummten, keine Bomben mehr fielen. Man wuchs neugierig und verwundert in Trümmern auf.

Alfons Kenkmann hat in seinem Buch «Wilde Jugend» (Essen 1996) das abenteuerliche und zigeunerhafte Leben nach 1945 im Ruhrrevier geschildert: das Nomadisieren in den Steinschungeln von Essen, Duisburg, Düsseldorf und Köln, die Hamsterfahrten und Spritztouren, oft mit gestohlenen Wagen, durch die Trümmer, das lebensgierige Erschließen neuer Welten, die Ungebundenheit, das Nichtstun, den ständigen Wechsel von Eindrücken und Erlebnissen. «In den Trümmerlandschaften», schreibt Kenkmann – 1948 waren noch gegen 40 Prozent der Trümmermengen nicht beseitigt –, «war die «subjektive Raumgeographie» mit ihren Hauptbestandteilen Entfernung und Richtung auf Jahre empfindlich gestört. Die auf der «kognitiven Karte» des einzelnen gespeicherten Entfernungs- und Richtungsvorhaben verloren ihre Gültigkeit und mussten neu erfahren werden ...» (S. 240). In den Städten an Rhein und Ruhr waren die Wohnungen zu 30 bis 60 Prozent zerstört. Eine katastrophale Wohnungssituation war

HANS MAIER, geb. 1931, 1962-1987 Professor für Politische Wissenschaft in München, von 1970-1986 Bayerischer Kultusminister; 1988-1999 Inhaber des Münchener «Guardini-Lehrstuhls» für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie. Mitherausgeber der COMMUNIO.

die Folge. «In Köln waren von 252.000 Wohnungen ca. 111.000, in Krefeld von 56.000 ca. 24.000 und in Essen von 205.100 Wohnungen ... ca. 97.400 völlig zerstört. Insgesamt waren dem Düsseldorfer Regierungsbezirk von 53 Millionen Quadratfläche Wohnraum im Jahre 1939 im Juni 1947 noch 25 Millionen Quadratmeter verblieben» (S. 244).

Man versteht, dass nach solch traumatischen Erfahrungen das Bedürfnis nach Stabilität und Behausung, Unterkünften und Wohngelegenheiten sich mit elementarer Kraft verbreitete. Wohnungsbau stand unter den politischen Aufgaben der Nachkriegsjahre obenan. Die gebaute Umwelt musste in vielen Fällen von Grund auf wiederhergestellt werden. Die zerstörten Städte hatten ihre «optische Identität» (von Beyme) verloren. Im Gewirr von Steinen, verbogenem Stahl, hohlen Fassaden und Bombentrichtern war kaum mehr erkennbar, was einmal München und Köln, Stuttgart und Hamburg gewesen war.

Als dann mit dem Marshallplan und der Währungsreform die Dinge in Bewegung gerieten, als Ludwig Erhard – bis heute der einzige wirkliche Systemveränderer der deutschen Nachkriegsgeschichte! – die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen brachte, als Lebensmittelkarten und Zwangsbe-
wirtschaftung entfielen, ein freier Markt sich entwickelte und die Bundesrepublik entstand, – da kam auch die Bautätigkeit in Schwung und mit ihr der Wohnungsbau. Rund die Hälfte des Bauvolumens der beiden ersten Jahrzehnte seit 1950 entfielen auf den Wohnungsbau. Anfangs überwiegend von öffentlichen Mitteln gespeist, wurde er seit dem Ende der fünfziger Jahre zunehmend vom Kapitalmarkt mitgetragen. «Die Schnelligkeit, mit der das Wohnungsdefizit überwunden wurde, gehört wohl zu den größten Leistungen der bundesrepublikanischen Geschichte. Weder die Laien noch die Fachleute hatten am Ende der vierziger und am Beginn der fünfziger Jahre die späteren Fertigstellungsrekorde für möglich gehalten» – so urteilt Günther Schulz (Wiederaufbau in Deutschland, Düsseldorf 1994). Seit 1950 stieg die Bautätigkeit von Jahr zu Jahr und erreichte schließlich eine halbe Million Neubauwohnungen im Jahr – ein Rekord in der deutschen Geschichte wie im internationalen Vergleich. «Zugleich wurden die Wohnungen größer und komfortabler. Die durchschnittliche Wohnfläche wuchs im gesamten Wohnungsbau von 54,8 qm (1952) auf 63,7 qm (1957); der Soziale Wohnungsbau blieb um rund vier Quadratmeter dahinter zurück ... Der Baustandard wurde allmählich angehoben. Die Ausstattung mit Bad wurde zur Regel und mehr und mehr auch die Ausstattung mit Zentralheizung. Die Untermietverhältnisse nahmen stark ab: 1948 waren es noch dreizehn, 1955 neun, 1960 fünf Prozent. Die Zahl der Notwohnungen sank von 1950 bis 1956 um etwas mehr als zehn Prozent, betrug aber immer noch 483.515 Einheiten. Die Wohnungszählung von 1956 ermittelte 12,73 Millionen «Normal»-Wohnungen, 35 Prozent mehr als 1950. Damit war

der Versorgungsgrad der Haushalte mit Wohnungen von 67,7 Prozent 1950 auf 84,5 Prozent 1956 gestiegen ... Die Indikatoren zeigen für die Bundesrepublik insgesamt wie für die einzelnen Regionen, dass spätestens am Ende der fünfziger Jahre «von einem Notstand hinsichtlich der Wohnlage nicht mehr gesprochen werden kann» und die Klein- und Kleinstwohnungen ebenso wie die Not- und Behelfswohnungen stark im Schwinden begriffen waren. Es war, auch nach dem Urteil heutiger Historiker des Wiederaufbaus, zweifellos «ein historisches Verdienst dieser Baupolitik, daß die Barackensiedlungen Provisorien blieben und zügig geräumt werden konnten» (aaO. S. 336f.).

Man hat im Hinblick auf diese Zahlen von einem qualitativen Sprung gesprochen – von einem «Ende der Dürftigkeit». Denn nicht nur die Produktionszahlen stiegen eindrucksvoll, auch die Qualität im Massenwohnungsbau nahm zu. «Als ausreichende «Standardabmessungen der Arbeiterwohnung des 19. Jahrhunderts» hatten stets die Stube mit 4 x 5 m, die Küche mit 2,5 x 5 m und die Kammer mit 2 x 5 m gegolten. Dieser Standard wurde in den fünfziger Jahren endgültig überwunden. Der Soziale Wohnungsbau beendete die Armseligkeit, die die Wohnverhältnisse der Unterschichten seit jeher gekennzeichnet hatte. Zudem war die Mietbelastung vergleichsweise gering. Schließlich ermöglichten die öffentliche Wohnungsbauförderung und die wachsenden Einkommen immer mehr Haushalten, Wohnungseigentum zu erwerben» (aaO. S. 348). – Inzwischen wohnen in Westdeutschland rund 41 Prozent, in Ostdeutschland rund 24 Prozent der Bürger in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Damit bleibt Deutschland zwar hinter Ländern wie Großbritannien und Italien mit 67 Prozent, Spanien mit 78 Prozent, Irland mit 81 Prozent noch weit zurück. Dennoch ist der Anstieg bemerkenswert, weil er nach 1945 fast vom Nullpunkt, von einer tabula rasa der Zerstörung ausging und weil in Deutschland in der Nachkriegszeit die größten urbanen Verdichtungsräume des Kontinents (neben den Benelux-Staaten, Nordfrankreich, Oberitalien) entstanden. Der Schritt zum industriell-technischen Wohnen in städtischen, ja großstädtischen Bedingungen schien hier endgültig und unwiderruflich zu sein, während andere Länder die Umschichtung vom Land zur Stadt, von bäuerlichen Höfen zu städtischem Wohneigentum noch vor sich hatten – und zum Teil noch vor sich haben.

II.

So war der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg eine Erfolgsgeschichte. Rascher als geplant und erwartet wurden die Kriegszerstörungen überwunden. Die jährlich vom Bundesbauministerium verkündeten Bausergebnisse wirkten wie Fanfarenstöße einer schöneren Welt.

Wie sahen die neuen Wohnungen in den rasch wachsenden Städten aus? Die Entwicklung ist nicht auf eine einfache Formel zu bringen. Vieles und Widersprüchliches verbindet sich in der industriellen Dynamik der Nachkriegsjahre – so wie «Wiederaufbau» und «Neuaufbau» nebeneinander stehen und unterschiedliche Gemengelagen bilden. Anfangs griff man, vor allem im Sozialen Wohnungsbau, auf die Formensprache der Kleinwohnung mit hoher Funktionalität zurück, wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren dominiert hatte: Arbeitsküche, kleiner Flur, Klappbett, kombiniertes Wohn/Esszimmer. Doch die wachsenden Ansprüche drängten dieses Sparkonzept bald vom Markt. Die funktionalisierte Schlichtwohnung, die standardisierte «Wohnmaschine» gelangte nicht einmal in der DDR zur Alleinherrschaft – neben die Hochhaus-Wohnbauten (später ironisch «Arbeiter-Schließfächer» genannt!) stellten sich dort seit den späten fünfziger Jahren die «Arbeiter-Paläste» der Stalinallee.

Die sechziger Jahre wurden vor allem in Westdeutschland zum späten Siegeszug des «Neuen Bauens» der Weimarer Zeit. Bauhausformen wurden ins Massenhafte gewendet – und verloren damit ihre Exklusivität. Eine neue Biederkeit der einstigen Avantgarde entwickelte sich: drei- und viergeschossige Häuserzeilen mit gleichmäßigen Fensterbändern und Balkonen, Flachdächer und schmucklose Fassaden, dazwischen Grün und karge Kinderspielfläche. Die Industrialisierung des Bauens drängte das individuelle Haus zurück – am stärksten in der DDR mit ihrer Plattenarchitektur, während in der alten Bundesrepublik landschaftliche Bautraditionen und die Verwendung heimischer Materialien noch lange ein Gegengewicht bildeten. In den sechziger Jahren machte das Wort von der «Unwirtlichkeit der Städte» die Runde. Offensichtlich waren die Deutschen in den neuen, oft geräumigeren Häusern und Heimen nicht recht heimisch geworden.

Dies lag vor allem an der explosiven Entwicklung der Großstädte und ihrer massiven Veränderung in der Nachkriegszeit. Je mehr der Aufbau und die Modernisierung fortschritten, desto mehr zerfiel die Stadt als Einheit. Die Verkehrswege wurden ausgebaut, die Parole von der «autogerechten Stadt» machte die Runde. Wohnen und Arbeiten trennten sich noch entschiedener voneinander als in den Anfängen der Industrialisierung. Die wachsende Mobilität des Einzelnen führte zur Auflösung der durchmischten Zentren. Spezielle Funktionen: Arbeiten, Schlafen, Essen, Fahren, Freizeit traten an die Stelle jenes «verdichteten Lebens», das die historische Stadt geprägt hatte. Schließlich wurde die moderne Großstadt nach dem Zweiten Weltkrieg fast zum Gegenbild der überlieferten europäischen Stadt. Die räumliche Trennung der verschiedenen Lebensbereiche wurde zum Prinzip erhoben – bei uns und in anderen Ländern. Die Charta von Athen feierte die Funktionalisierung als urbanen Fortschritt. So entstanden Wohn- und Schlafquartiere an der Peripherie, während in den Altstädten Handels- und

Dienstleistungsunternehmen andere Funktionen, besonders das Wohnen, verdrängten. Der Wohnraum verdoppelte sich, die Gewerbeflächen verdreifachten sich – der Verkehr schwoll ins Uferlose. Die Großstadt wurde zur Agglomeration, mit riesigen Flächen für Schulen und Hochschulen, Sport und Freizeit, Tennis- und Golfplätzen, künstlichen Seen zum Baden und Surfen, mit Großkliniken von Stadtteilgröße. Autos und Bahnen transportierten jeden Tag Heere von Arbeitnehmern ins Zentrum, das abends hinter starrenden Fensterhöhlen leerstand. Die Altstädte verfielen. Ein zweites Mal verloren sie – nach Bombenhagel und Zerstörung – ihre «optische Identität».

Im Städtebau verbreitete sich ein Minimalstil geschichtsfreier Zweckmäßigkeit, der überall gleich aussah, ob in Tokyo oder Montevideo, Los Angeles oder Frankfurt – überall die gleichen Banken und Bars, die gleichen Häuser und Verwaltungsgebäude, Bahnhöfe und Theater. Hilflos hoben sich einzelne Gebäude mit modernen Akzenten von der allgemeinen Bau-Uniformität ab – vom Volksmund sogleich bespöttelt als «Seelenbohrer» und «Schwangere Auster» (in Berlin) oder als «Soll und Haben» (in Frankfurt). Das Neue passte mit dem Alten, noch Erhaltenen nicht mehr zusammen. Die Maßstäbe schienen gestört. Keine oder fast keine Spur mehr von der alten Urbs, der Stadt, in der Plätze, Straßen und Gebäude, Türme und Mauern eine Einheit bildeten und in ihrer Proportion zusammenstimmten, wo die Maße vom menschlichen Körper hergeleitet waren – Fuß, Elle, Schritt –, wo Leben sich auf engstem Raum entfalten konnte, weil alles maßstäblich und nichts willkürlich und zufällig war.

Die wirtschaftliche Erholung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg führte an vielen Orten – vor allem aber in den großen Städten – zu einer Zerstörung der gewachsenen Baustrukturen. Alte Häuser mussten funktionell konzipierten Neubauten weichen – diese waren billiger als die Erhaltung alter Bausubstanz. Steigende Grundstückspreise in den Zentren führten zu einer rationelleren Nutzung des Bodens – mit verhängnisvollen Folgen für die in Jahrhunderten gewachsenen Häuser und Straßen. Stahl, Glas, Zement, Beton verdrängten die alten Baustoffe Holz, Stein und Ziegel. Der wachsenden Motorisierung wurden viele Häuser, Straßen, Gassen geopfert. Plätze wurden zu Parkflächen degradiert, fensterlose Neubauten wurden wie Klötze in eine kleinräumige Umgebung hineingesetzt. Dem materiellen Wohlstand, der Verbesserung des Wohnkomforts, der Schaffung großer Geschäfts- und Verwaltungszentren, endlich der Wahnidee der «autogerechten Stadt» fielen in einem erschreckenden Umfang Gebäude zum Opfer, die den Krieg überstanden hatten und die keine Mängel aufwiesen, die man nicht bei gutem Willen wieder hätte beseitigen können. Es ist kaum glaublich, aber wahr: Die Verluste an historischer Bausubstanz, die erst nach dem Krieg eintraten, stehen hinter den Kriegsverlusten an vielen Orten nicht zurück.

III.

Man versteht daher, dass in den sechziger und vor allem in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine deutliche Gegenbewegung in Gang kam – vor allem im Zeichen von Denkmalschutz und Sorge für die Umwelt. Im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 wurde in vielen Ländern zur Erhaltung des architektonischen Erbes – des «patrimoine», wie die Franzosen sagten – aufgerufen. Man begann die Vergangenheit mit neuen Augen zu sehen. Man entdeckte das im Vergangenen herausfordernd versteckte Schöne neu. «Altmodische» Berufe wie der des Heimatpflegers, Naturschützers, Denkmalpflegers fanden sich an der Problemfront des Umweltschutzes in neuer avantgardistischer Rolle wieder. Neue Koalitionen bildeten sich im Kampf für die gemütliche Eckkneipe gegen das geplante riesige Hochhaus mit eloxierten Fenstern. Architekten, bald als postmodern beschimpft, nahmen behutsam Abschied von modischen Baustoffen und entdeckten die stille und zierliche Schönheit einer Putz- oder Stuckfassade wieder. Planloser Modernismus wurde relativiert durch Bezüge zur Tradition. Der abklingenden Stimmung des Dauerexperiments folgte die Sehnsucht nach dem Festen, Fixierbaren auf dem Fuß. Klassisches wurde wieder entdeckt, Museen erlebten erstaunliche Steigerung ihrer Besucherzahlen. Kurzum, die Bereitschaft, mit Vergangenenem zu leben, nahm zu, bei Architekten und Bauherren, in Wirtschaft und Politik.

War das nun eine Flucht ins Museale, in die Vergangenheit, die Idylle? Ich meine nicht. Wer erlebt hat, wie typische Denkmalstädte – etwa Bamberg, Regensburg, Lübeck – gerade mit Erhaltungs- und Revitalisierungsprogrammen Erfolg hatten, wie gerade junge Familien die Chance wahrnahmen, alte Gebäude wiederherzustellen und in ihnen zu leben, der weiß, dass es sich hier nicht um eine flüchtige Stimmung oder gar um eine snobistische Mode handelte. Natürlich war eine völlig unveränderte Erhaltung historischer Gebäude oft nicht möglich – sie wäre nur in Frage gekommen, wenn das Baudenkmal auch heute noch so genutzt würde wie in alten Tagen oder wenn die ursprüngliche Nutzung durch eine museale ersetzt worden wäre. Niemand kann aber heute einfach die Lebensbedingungen des 18. oder 19. Jahrhunderts übernehmen (man versuche es einmal!). Wir müssen froh sein, dass ein Ortskern oder ein Stadtviertel aus dieser Zeit von der Bevölkerung als Wohnquartier angenommen wird und dass es dort auch Arbeitsplätze gibt. Ohne aktuelle Nutzung ist ein Baudenkmal auf die Dauer verloren. Doch gibt es viele Wege, moderne Ansprüche an Ausstattung und Komfort mit der Erhaltung der Substanz zu verbinden. Die Technik macht es möglich: durch Umwälzpumpen anstelle des alten Schwerekraftsystems können bei Heizungen die Rohrquerschnitte verringert werden. Elektrospeicherheizungen erfordern nur die Verlegung eines ent-

sprechend dimensionierten Stromkabeln. Auf dem Gebiet der Elektroinstallation erleichtern Stegleitungen mit geringer Konstruktionsstärke die Modernisierung von Altbauten. Lüftungstechnik und Wärmedämmung bieten viele Möglichkeiten, alte Räume wohnlich zu gestalten. Und selbst Autos (künftig vielleicht auch kleine Elektrofahrzeuge) lassen sich in alten Ställen und Lagerräumen unterbringen – wenigstens manchmal.

IV.

Stehen so in den europäischen Ländern die Zeichen auf Ausgleich, auf Begradigung der Extreme, schickt man sich an, aus Fehlern zu lernen, so hat der größere Teil der heutigen Welt diesen Entwicklungs- und Lernprozess in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch vor sich. Nach den gegenwärtigen Anzeichen wird die zukünftige Welt eine städtische Welt sein. Das «globale Dorf» wird kein Dorf und auch keine Ansammlung von Dörfern sein – es wird vielmehr aus Städten und städtischen Verdichtungsräumen bestehen. Der letzte UNO-Gipfel zur Stadt- und Siedlungspolitik, HABITAT II, der im Juni 1996 in Istanbul stattfand, hat diese Tendenz in seinen Länderberichten vielfältig bekräftigt und bestätigt. Der globale Verstädterungsprozess schreitet weltweit fort, und ein Ende ist bisher nicht abzusehen.

Täglich wächst die Weltbevölkerung um 280.000 Menschen. Die meisten von ihnen leben schon heute in Städten. Dabei ist die Zahl der sogenannten Megastädte (mit mehr als 20 Millionen Einwohnern) in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsen. Lebten im Jahr 1990 2,3 Milliarden Menschen in Städten, so werden es nach den Schätzungen der UNO im Jahr 2025 doppelt so viele sein. Weltweit wird es dann fast 100 Städte mit mehr als 5 Millionen Einwohnern geben, die meisten in Entwicklungsländern, in der Dritten und Vierten Welt. Diese Riesen-Agglomerationen werfen erhebliche soziale und organisatorische Probleme auf und verlangen nach völlig neuen Formen des Stadt-Managements. Gesucht sind – wie jüngst eine große Tageszeitung schrieb – «urbane Magier».

Heißt das, dass die globale Welt dazu verurteilt ist, alle Fehler Europas noch einmal zu wiederholen – nur in größerem Maßstab? Muss die Spirale von Bevölkerungswachstum, wirtschaftlicher Expansion, Landflucht und Verstädterung noch einmal in Bewegung gesetzt werden? Ehe wir so fragen und auf die neuen Zahlen mit Angst und Abwehr reagieren, sollten wir uns zuerst die Gründe klarmachen, weshalb der Verstädterungsprozess nach/wie vor in so raschem Tempo voranschreitet. Immer noch bietet die Stadt – auch die große, die Mega-Stadt – wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Perspektiven, die sie für die Mehrzahl heutiger Menschen als Wohnsitz interessant und attraktiv machen. Sie kann z. B. wirtschaftliche Potentiale

durch engräumige Vernetzung besser ausschöpfen als dünnbesiedelte Räume. Sie kann ein Schauplatz kultureller Vielfalt sein – ein Motor für Initiativen, die anderswo versickern und versanden würden. Sie kann Anstöße geben für individuelle Entfaltung und gesellschaftliche Integration. Sie kann sogar, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen vorliegen, zu einem Muster ökologischer Effizienz werden, indem sie einer Vielzahl von Menschen auf kleinem Raum ein Dasein von hoher Lebensqualität sichert.

Das alles kann die Stadt – aber sie muss es nicht zwingend. Sie hat allenfalls die Möglichkeiten, die Ressourcen, das Potential für eine positive Entwicklung. Wird sie dieses Potential ausschöpfen können und dabei die Balance wahren zu ihrem räumlichen und sozialen Umfeld? Oder drohen Verwerfungen, Ungleichgewichte, eine Entwicklung auf Kosten anderer, vor allem der ländlichen Räume – mit den bekannten sozialen Kosten und Folgewirkungen?

In der gegenwärtigen Diskussion taucht hier mit Regelmäßigkeit das Zauberwort «Nachhaltigkeit» auf. Wir kennen nachhaltige Entwicklung als Prinzip der Land- und Forstwirtschaft. Aber was bedeutet sie in den Städten? Offenbar soll sie bewirken, dass Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung, Freizeit, Verkehr wieder aufeinander bezogen werden – statt dass man versucht, sie im Zeichen der «Funktionsentflechtung» zu «entmischen» (mit den verheerenden Folgen für Bau- und Siedlungsformen, die wir sahen). Gesucht sind also anpassungsfähige, für unterschiedliche Nutzungen offene Städte und Stadtteile – nicht funktionsdeterminierte Viertel und Bauwerke, bei denen eine alternative Nutzung nur schwer möglich ist. Nachhaltige Entwicklung bedeutet auch, dass die Stadt ihren Bewohnern wieder ein Gefühl der Identität, der Heimat vermitteln soll – gerade im Zeitalter von Internet und Globalisierung. Städte sollen Orte der Kommunikation, des Austausches, der Vielfalt und Toleranz werden, Orte, in denen man sich angstfrei bewegen und in denen Männer und Frauen in gleicher Weise ihre Persönlichkeit in Freiheit entfalten können.

Aber können die großen und immer noch wachsenden Städte das wirklich leisten – zu einer Zeit, in der sie schon als traditionelle Rechts- und Friedensräume in vielen Ländern am Zerbrechen sind? In vielen Städten der Welt kann man längst ganze Viertel nicht mehr gefahrlos und «angstfrei» betreten, weil sie von Drogendealern und bewaffneten Banden beherrscht sind. Vielerorts gibt es «die Stadt» schon nicht mehr: es gibt nur noch Quartiere, Exactionen, Immunitäten: Kaufhäuser und Betriebe auf der einen Seite, die vom Werkschutz und privaten Sicherheitsdiensten bewacht werden – auf der anderen Seite Villenvororte, in die man nur mit Card, Codewort und elektronischen Schlüsseln hineinkommt; dazwischen die immer mehr schwindende bürgerlich-urbane «Normalität». Wo soll das enden? Beim Haus als Festung, bewacht von Kampfhunden? Bei der

Mobilisierung privater Wachdienste (bei uns seit Jahren ein blühendes Gewerbe!)? Bei der ständigen Präsenz von Polizisten (oder, wie im ehemaligen Ostblock, von Soldaten) in den Zentren der Städte (doch wer kann das bezahlen)?

Nein, ich glaube nicht, dass die Initiativen für «nachhaltige Entwicklung» (und dahinter verbirgt sich nichts anderes als Siedeln und Wohnen auf Dauer!) von den heutigen Mega-Städten ausgehen werden. Diese empfindlichen und hochbelasteten Organismen sind gegenwärtig mit ganz anderen Dingen beschäftigt als mit der Entwicklung einer neuen Solidaritätskultur. Eher kann man sich nachhaltige Entwicklung vorstellen in Räumen, die städtische und ländliche, integrierte und offene Siedlungsweisen in sich vereinen – in Kulturlandschaften also, die für Produktion und Erholung, Arbeit und Freizeit gleichermaßen offen sind. Also eher in Klein- und Mittelstädten als in Groß-Agglomerationen, eher in Städten mit menschlichen Maßen als in anonymen Riesengebilden – eher in Landshut, Celle oder Schwäbisch-Hall als in Neu-Mexiko.

Der Mensch wohnt ja nicht nur in seiner Wohnung, seinem Zimmer – er wohnt im Haus, in der Straße, im Viertel, in der Stadt, in der Landschaft. Er wohnt unter Menschen. Er wohnt in den Jahreszeiten. Die Wirtschaft um die Ecke, die geheizte Stube im Winter, die Feste im Jahreskreis, Konzerte und Ausstellungen, Theateraufführungen und Sportveranstaltungen – das alles gehört ebenso zur Qualität seines Wohnens und Lebens wie die zu Fuß erreichbaren Ämter, die Bildungsmöglichkeiten in Schulen, Kirchen, Vereinen, der Zeitungsstand und der Blumenladen, der Obstkiosk und das Kino am nächsten Platz. Aber auch ein Rathaus, ein Kloster, ein Münster im Stadtbild, der Strom, die Straßen und Plätze, der Glanz einer Prachtstraße und die verschwiegenen Winkel und Gässchen, die unverwechselbare Straßen- und Dachlandschaft – das alles gehört zu einer Stadt. Wenn unsere Städte eine Zukunft haben sollen, dann dürfen sie nicht nur groß, sie müssen auch urban sein – nach Menschenmaß gebaut und bewohnbar von Menschen.